

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresdner Volkszeitung, Dresden, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Volkszeitung, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 2,75 M., durch den Postweg vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kopfzeile 1,50 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 9-spaltige Messung 4 80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zu Kauf ohne an vorgeliebten Tagen. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 33

Dresden, Dienstag den 10. Februar 1920

31. Jahrg.

Betriebsräte und Produktionsförderung

In Friedenszeiten wurde in den meisten Wirtschaftszweigen zwischen den einzelnen Unternehmern ein wüthender Konkurrenzkampf geführt. Das Angebot von Waren war so reichlich, daß die Unternehmer oft fürchten mußten, durch die Konkurrenz vom Markt verdrängt zu werden und auf ihren Waren sitzen zu bleiben. Infolgedessen mußten sie bestrebt sein, ihre Waren so billig wie möglich zu verkaufen. Auch wo durch Unternehmerverbände die Konkurrenz ausgeschaltet war, war doch die Größe des Absatzes von der Höhe des Verkaufspreises abhängig, und deswegen hatten auch hier die Unternehmer ein Interesse daran, daß ihre Waren zu hohen Preisen auf den Markt kamen. Deswegen war es das Bestreben aller Unternehmer, die Produktionskosten fortwährend herabzusetzen. Ein starker Ansporn für die Unternehmer war gegeben, nach Möglichkeit alle Fortschritte, die die Technik ihnen bot, auszunutzen.

Der Unternehmer von heute befindet sich infolgedessen in einer sehr viel günstigeren Lage als der der Vorkriegszeit, als er sich um den Absatz seiner Waren kaum mehr irgendwelche Sorgen zu machen brauchte. Ob er billig oder ob er teuer verkauft, bei dem ungeheuren Warenangebot der Welt werden ihm die Waren meist um jeden Preis von den Händen gerissen. Dazu kommt, daß heute den Unternehmern infolge des ständigen Steigens aller Warenpreise mühelos gewaltige Konkurrenzgewinne in den Schoß fallen. Von Lohn-erhöhungen haben heute oft die Unternehmer größere Vorteile als die Arbeiter. Den Arbeitern geht das, was sie durch Lohn-erhöhungen erreicht haben, schnell wieder dadurch verloren, daß die Preise ihrer Gebrauchsgüter mindestens entsprechend teurer werden. Die Unternehmer aber können, wenn sie Waren von früher her auf Lager haben, diese zu einem den erhöhten Löhnen entsprechenden Preis verkaufen, obgleich die Waren zu einer Zeit hergestellt wurden, wo die Löhne noch niedriger waren. Auf diese Weise ist es den Unternehmern häufig sehr leicht gemacht, ohne große Anstrengung viel zu verdienen, und es fällt vielfach der Ansporn fort, der früher die Unternehmer dazu trieb, alles zu tun, um durch Verbesserung der Einrichtungen ihres Betriebs die Produktionskosten herabzusetzen.

Umgekehrt hat heute der Arbeiter mehr denn je ein großes Interesse daran, daß unsere Gütererzeugung so zweckmäßig wie möglich gestaltet wird. Nur wenn unsere Produktionsbedingungen verbessert und dadurch die Erzeugungskosten vermindert werden, kann die Teuerungen wieder abgemindert, die gesteigerte Kaufkraft des Lohnes wieder geboten werden. Deswegen ist es für die Arbeiterschaft von so großer Wichtigkeit, daß die Betriebsräte, die in nächster Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen werden und die für eine möglichst wirtschaftliche bei der Produktion sorgen sollen, diese Aufgabe so gut wie möglich erfüllen können. Die fraglichen Bestimmungen im Betriebsrätegesetz lauten:

- § 66. Der Betriebsrat hat die Aufgabe:
 1. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsbedingungen zu sorgen;
 2. in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten.

Es ist hier den Vertretern der Arbeiterschaft eine Aufgabe übertragen, die sehr schwer ist und für die sie vorläufig häufig nicht das genügende Mittelzeug mitbringen können. Gewiß, sehr oft werden die Vertreter der Arbeiterschaft in den Betriebsräten, geführt auf ihre praktische Erfahrung im Betriebe, der Leitung Vorschläge unterbreiten können, durch die die Produktion besser gestaltet werden könnte. Aber die praktische Erfahrung allein wird oft nicht genügen. Die Tätigkeit der Betriebsräte wird sich nur dann so fruchtbar gestalten, wie wir das wünschen, wenn die nötigen Kenntnisse der Betriebsräte auch eine mühsame, wenn den Mitgliedern der Betriebsräte zuteil wird. Wir wollen nun daran erinnern, daß die Betriebsräte unter Umständen auch das Recht haben, in die Bilanz Einsicht zu nehmen. Wir verraten wohl aber kein Geheimnis, wenn wir darauf hinweisen, daß es nur verhältnismäßig wenig Arbeiter gibt, die mit einer Bilanz etwas anfangen wissen. Und auch ein großer Teil der kaufmännischen Angestellten besitzt die nötigen Kenntnisse heute noch nicht, um eine Bilanz auch nur einigermaßen richtig verstehen und beurteilen zu können. Deswegen ist es dringend nötig, daß so schnell wie irgend möglich überall Unterrichtskurse für Betriebsräte veranstaltet werden. In diesen Unterrichtskursen müßte den Arbeitern, die den Betriebsräten angehören oder von denen ausgenommen ist, daß sie sich für einen derartigen Posten eignen, Unterricht in Nationalökonomie, Buchhaltung und Bilanzierung, wirtschaftlicher Betriebsführung und Technologie zuteil werden.

Ein Arbeiter, der mit Kenntnissen auf diesen Wissensgebieten ausgerüstet ist, wird viel eher in der Lage sein, Verbesserungsvorschläge zu machen als jemand, der bloß über praktische Erfahrungen verfügt, ohne daß er die wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge kennt.

Aber es genügt nicht, daß die Mitglieder der Betriebsräte die zur Ausübung der Funktionen notwendige Bildung erhalten, sondern es ist auch notwendig, daß die Betriebsräte bei ihrer Tätigkeit unterstützt werden. Heute sind zweifellos viele Betriebe technisch und kaufmännisch un-

zweckmäßig organisiert. Zum Schaden der Allgemeinheit werden Material und Arbeitskraft verschwendet.

Deswegen müßten alle Betriebe von kaufmännischen und technischen Fachleuten regelmäßig revidiert werden. Es ist notwendig, daß vom Staate Vorsehungen getroffen werden, durch die solche Revisionen erzwungen werden. Vielleicht könnte das in der Weise geschehen, daß man die Betriebe der einzelnen Wirtschaftszweige zu Verbänden zusammenschließt, die die Durchführung dieser Revisionen zu besorgen hätten. An der Leitung dieser Verbände müßten selbstverständlich neben den Vertretern der Unternehmer auch Vertreter der Arbeiterschaft beteiligt sein. Die Berichte dieser Sachverständigen wären den Betriebsräten vorzulegen, die dann gestützt auf das vorliegende Gutachten, mit größerem Nachdruck die Durchführung organisatorischer Verbesserungen fordern könnten.

Die Einführung derartiger regelmäßiger Revisionen der Betriebe würde auch einen Boden abgeben, von dem aus weitere Fortschritte unseres Wirtschaftslebens erreicht werden könnten. Sind einmal Reute vorhanden, die die Kenntnisse der verschiedenen Betriebe eines Wirtschaftszweiges innerhalb eines bestimmten Gebietes kennen, so werden diese in der Lage sein, Vorschläge zu machen, wie der ganze Wirtschaftszweig am zweckmäßigsten gestaltet werden könnte, um eine hohe Wirtschaftlichkeit der Produktion zu erreichen. Sie werden z. B. Pläne darüber ausarbeiten können, wie eine zweckmäßige Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Betrieben, wie eine weitgehende Spezialisierung und eine Normierung durchgeführt werden können. Sie können auch Vorschläge über die Stilllegung unwirtschaftlich arbeitender Betriebe machen und es könnte so erreicht werden, daß die Produktion nur auf diejenigen Betriebe beschränkt wird, die auch wirklich auf der Höhe der Technik stehen. Werden derartige Vorsehungen zur Unterstützung der Betriebsräte getroffen, so könnte der Nutzen, den die Betriebsräte bringen, sehr groß sein. Aufgabe unserer Regierungen ist es, alles zu tun, um die Betriebsräte in den Stand zu setzen, eine möglichst fruchtbare Arbeit im Interesse unserer Volkswirtschaft zu leisten.

Die Pariser Parteipresse

Paris, 9. Februar. Die Föderation der Sozialdemokratischen Partei des Seine-Departements hat gestern beschlossen, auch den Populaire, das Organ von Jean Longuet, zu übernehmen, so daß also die Partei über ein Morgenblatt (L'Humanité) und über ein Abendblatt (Le Populaire) verfügt. Der Kongress hat sich übrigens mit der Frage, zweite oder dritte Internationale, beschäftigt, hat jedoch keine Beschlüsse gefaßt. Das soll in 14 Tagen geschehen.

Die englische Liste

Reuter meldet, daß die Alliierten sich über die Uebergabe der Liste vollkommen einig seien, doch aber jedes Land seine eigene Liste aufgestellt habe, die mit der Liste der übrigen Länder gar nichts zu tun hätte. Unter den Verlorenen, die Großbritannien verlangt habe, weil sie Beschießung rüchichtslos U-Bootskrieges auszuführen hätten, befinden sich 7 Admirale, v. Tirpitz, v. Capelle, Bachmann, v. Sellsur, Sippel, v. Müller und Behndt. Kapitän Ziefenwetter werde verlangt, weil er das Schiff Glenart Castle am 26. Februar 1918, und Leutnant Bagin, weil er das Postdampfschiff Landover Castle am 2. Mai 1918 versenkt habe; weil sie britische Schiffe ohne Warnung versenkt hätten, 3 Kapitäne; wegen der Versenkung anderer britischer Schiffe 13 U-Bootskommandanten; als verantwortlich für die Verurteilung des Kapitäns Groot der Admiral Schröder und Kriegsgerichtsrat Japsf, wegen der Bombardements der unbefestigten britischen Städte West-Portpool, Scarborough und Whitby die Admirale v. Tirpitz, Behndt, Müller und Jagenohl; wegen der Angriffe auf nicht besetzte britische Städte durch Luftschiffe und Flugzeuge Linnarz, der Kommandeur der Luftschiffe, die London am 13. Mai 1916 bombardiert haben.

In Berlin beschäftigte sich gestern der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten mit der Auslieferungstrage. Zum Schluß der Verhandlungen sagte der Vorsitzende Scheidemann das Ergebnis folgendermaßen zusammen: Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuss sich in der Auslieferungstrage einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgezeichneten Schritten der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung erhebt allerhöchsten Protest gegen den Vorbehalt der Begleitnote, wonach die verbündeten Regierungen die Verbündeten derjenigen nicht zu anerkennt beabsichtigen, die in den beigefügten Listen nicht einbezogen sind.

Die Nachricht, daß Lloyd George eine Schwankung vollzogen habe, suchen neuere englische Meldungen abzuschnüdeln. Das Reuter'sche Bureau berichtet: Die durch die Auslieferungstrage entstandene Lücke beruht auf einem

Vor einer deutschen Note

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 10. Februar. Wie wir zuverlässig erfahren, wird die Reichsregierung der Entente unverzüglich eine Note zugehen lassen. Darin wird sie zunächst betonen, daß Freiherr von Versner gegen den Willen der Reichsregierung die Annahme der Auslieferungstrage abgelehnt habe und deshalb sein Rücktritt erfolgt sei. Die Reichsregierung will zur Vermeidung der Auslieferung eine Regelung des Gerichtsverfahrens auf deutschem Boden vorschlagen, und zwar soll das deutsche Reichsgericht in Leipzig durch alliierte und neutrale Rechtsinstanzen ergänzt werden, um dann die unanfechtbare Gerichtsbarkeit im Gerichtsverfahren durchzuführen.

Die Regierung bleibt fest!

Eigene Meldung

Berlin, 11. Februar. Die Regierung wird ihren Standpunkt, der in der Note vom 25. Januar genau angegeben ist, keineswegs aufgeben. Die in der deutschen und auch in der feindlichen Presse enthaltenen Gerüchte von einer Geneigtheit zu Kompromissen sind gegenstandslos. Die leitenden Stellen halten jede Artung für unmöglich, die darauf hinausläuft, Deutsche an Gegner auszuliefern. Diese Auffassung der Regierung wird keinesfalls dadurch geändert werden, daß etwa der feindliche Gerichtshof in Köln zusammentritt, denn dann würden die Angeklagten ja in die Gewalt der Entente geraten. Positive Schritte der Reichsregierung sind erst zu erwarten, wenn sie in den Besitz der Ententennote auf unsere Note vom 25. Januar gelangt ist.

Flucht von U-Bootskommandanten

Eigene Meldung

London, 11. Februar. Der Daily Express berichtet: Viele der U-Bootskommandanten seien vor Veröffentlichung der Schwarzen Liste nach der Schweiz, Skandinavien und Südamerika geflüchtet.

Die Bezüge der Ententemissionen

München, 11. Februar. Wie die Bayerische Staatszeitung hört, erheben die Ententemissionen folgende Bezüge: für den Soldaten 3000 M. monatlich, für den Leutnant 12 000 M., für den Hauptmann 15 000 M. und für den Major 20 000 M. im Monat. Die Mission française in Berlin hat allein einen Personalbestand von 1100 Köpfen.

Neue Namen

Ein amtlicher Funkpruch meldet: Die Liste der Kriegsschuldigen soll noch durch folgende Namen ergänzt werden: Oberst Schlegel wegen barbarischen Vorgehens im Dorf Audun le Romain, General Geringer, weil er den Major von Lumbville und dessen Tochter in der Besatzung lebendig verbrennen ließ, der unbekannte Befehlshaber des 10. bayerischen Infanterie-Regiments in Badenweiler wegen Hinrichtung von Zivilpersonen, Vernichtung eines Lazarets und Verschönerung von weiblichen Personen über 18 Jahren mit freierhändigen Schüssen.

Die Auslieferungstrage an Österreich-Ungarn. Wien, 10. Februar. Die Auslieferungstrageverhandlungen für Österreich-Ungarn sind noch nicht entschieden. Auf der Liste stehen angeblich auch Erzherzog Friedrich und die Generale von Alben und Graf Zalus. Es erwachten für die Entente daraus Schwierigkeiten, daß das Österreich-Ungarn, das den Krieg geführt hat, nicht mehr besteht. Die Auslieferungstrage ist schon deshalb in Frage gestellt, weil die meisten Auslieferungsträger Staatsangehörige der Nationalstaaten sind, die mit der Entente in bestem Bundesverhältnis stehen. Von Österreich-Ungarn aus Konrad von Hogenhorst in Betracht kommen.

Eine Rede Poincaré

Paris, 9. Februar. Präsident Poincaré hat gestern Pierre la Ville besucht, wo er vom Senatspräsidenten und dem Stadthaupt besichtigt wurde. Poincaré sagte bei diesem Anlaß, Frankreich müsse fordern, daß das besetzte Deutschland den Friedensvertrag, den es unterzeichnet habe, ausführe. Im Augenblick sei dieser Vertrag des

Seite 8
hne
15.50
0 M.
0 M.
stannal
ife.
he 9
23.
stern.
ng!
Se
5 M.
00 M.
25 M.
50 M.
fakte
0 M.
Art
Dcke
on Preisen
so 23,1.
n
1.
05 M.
ark
10
Dr.
im
gel
10
Dr.
che
se
zu laufen.
00 M.
ers haben
rieden-
dmanlich
belegtheit
Gewicht)
Dr.
ntas den
Vertrag.
roberitz
0000
ing,
kap-
lber,
r
10 636
I HADP
11 585.
e
stifte
refle.
1476
1,1.
991.